

# Nordische Länder ziehen die Notbremse gegen Masseneinwanderung

Quelle: „privatdepesche“ Nr. 32/2017

## ► Ende der Gemütlichkeit in Skandinaviens Wohlfahrtsstaaten

Wohlfahrtsstaat, „Hygge“-Gemütlichkeit und „Yolksheim“, internationales Engagement und humanitäre Weltenretter-Pose - darauf waren die skandinavischen Länder stets gerne stolz. Vor allem bei der liberalen Aufnahme von außereuropäischen Einwanderern und mehr oder minder echten Flüchtlingen wollte man sich lange von keinem etwas vormachen lassen.

Entsprechend sind die Risiken und Nebenwirkungen dort früher eskaliert. Die skandinavischen Regierungen versuchen auf unterschiedliche Weise in letzter Minute die Notbremse zu ziehen. Nach Österreich waren Dänemark, Schweden und Norwegen die ersten, die im Herbst 2015 wieder Grenzkontrollen im Schengen-Raum einführten.

- *„Norweger glauben an Gott, Allah, Alles und Nichts ... Norweger sind auch aus Afghanistari, Pakistan und Polen, Schweden, Somalia und Syrien eingewandert“*, beschwor im September letzten Jahres *König Harald V.* (80) noch die alten Multikulti-Illusionen. Sein Wahlspruch: *„Alt for Norge“*, das bedeutet *„Alles für Norwegen“*.

Seine Regierung ging da schon längst andere Wege. Im August 2016 kündigte die Ausländerbehörde die Abschiebung tausender unberechtigter Asylbewerber an, ein Schnellverfahren für aussichtslose Antragsteller wurde eingeführt und mit dem Bau eines Grenzzauns an der Landgrenze nach Russland im rauhen Norden des Landes begonnen. Die Maßnahmen zeigten kurzfristig Wirkung: Waren 2015 noch 31.000 Asylbewerber in das Fünf-Millionen-Land gekommen, waren es im ersten Halbjahr 2016 nur noch 1.678 Asylsuchende, so wenig wie seit 1997 nicht mehr.

Massive Probleme mit außereuropäischen Einwanderern hatte Norwegen sich da allerdings schon längst ins Land geholt. Seit 2008 steigen die sexuellen Übergriffe afrikanischer und arabischer Einwanderer, die bereits damals sechs Prozent der Gesamtbevölkerung stellten und das Straßenbild in den wenigen Großstädten zunehmend dominieren, sprunghaft an.

2010 teilte die Polizei mit, dass sämtliche Vergewaltigungen in der Hauptstadt Oslo von außereuropäischen Immigranten verübt wurden, 90 Prozent der Opfer seien einheimische Frauen. Danach wurden keine Zahlen mehr veröffentlicht.

*„Wir haben die Stadt verloren“*, sagte schon 2013 ein Polizeisprecher über Oslo, das englischsprachige Reporter in einigen Stadtteilen als *„marokkanischer als Marokko“* beschrieben. 2016 gingen in Oslo IS-nahe *„Soldaten Allahs“* auf Scharia-Patrouille.

Politische Korrektheit verhinderte besonders nach dem *Breivik-Massaker* die offene Debatte. Das begünstigte den Aufstieg der *„Fortschrittspartei“*, die für Einwanderungsbegrenzung und Steuersenkung eintritt und seit 2013 mit den Konservativen die

Regierung stellt. Seither wird wieder versucht, die außereuropäische Einwanderung zu beschränken.

Rund 800.000 der gut fünf Millionen Einwohner Norwegens haben einen „*Migrationshintergrund*“, fünfmal mehr als in den Neunzigern.

- *„Wir sind eines der attraktivsten Einwanderungsländer“*, sagt Integrationsministerin Sylvi Listhaug (39) von der *„Fortschrittspartei“*.

Listhaug weiter: *„Wir haben gesehen, dass andere sehr liberale Länder wie Deutschland und Schweden enorme Probleme bekommen haben. Würden wir unsere Asylpolitik liberalisieren, würde man morgen auf der Straße in Mogadischu davon hören. Geben wir aber ein Signal, dass wir eine strenge Asylpolitik verfolgen, dann macht das ebenso schnell die Runde.“*

Das südliche Nachbarland Dänemark verfolgt eine ähnliche Strategie. Hier steht die rechtsliberale Minderheitsregierung unter dem Druck der sie stützenden einwanderungskritischen *„Dänischen Volkspartei“*, die bei den Wahlen 2015 ihre Mandate fast verdoppelte und zweitstärkste Kraft wurde. *„Wir tun das Maximale, damit es nicht attraktiv ist, nach Dänemark zu kommen“*, bekräftigte Migrationsministerin Inger Støjberg (44) schon vor einem Jahr; Dänemark habe *„die härteste Asylpolitik im Vergleich zu den Ländern um uns herum“*.

Noch 1984 hatte sich Dänemark eines der großzügigsten Aufnahmegesetze der Welt gegeben. Daraus wurde bis dato eines der schärfsten in Europa. Zur Ernüchterung haben viele Faktoren beigetragen: Die hohen Kosten außereuropäischer Einwanderer - rund acht Prozent der Bevölkerung - für den dänischen Wohlfahrtsstaat, Parallelgesellschaften und Integrationsverweigerung moslemischer Einwanderern, Kriminalität und Terrorgefahr.

78 Prozent der Kopenhagener Kriminellen waren im Jahr 2016 Ausländer, 84 Prozent der Familien, die vollständig von Sozialhilfe leben, sind nicht-westlicher Herkunft. Der Mordanschlag eines somalischen Asylbewerbers auf den Mohammed-Karikaturisten Kurt Westergaard (82) im Jahr 2010 und der islamische Terroranschlag von Kopenhagen 2015 haben die Dänen alarmiert. Eine Undercover-Reportage des dänischen Fernsehens brachte letztes Jahr ans Licht, wie Hass und Gewalt in dänischen Moscheen gepredigt werden. 60 Prozent der in Dänemark lebenden Türken stimmten zuletzt für Erdogans Ermächtigungsgesetz.

Auch am Örebro, der Hauptverbindung zwischen Dänemark und Schweden, werden die Grenzen wieder kontrolliert. Schweden, das die Rolle der humanitären Großmacht in einem Wohlfahrtsstaat mit offenen Armen länger und forscher als die Nachbarn gespielt hat, ist früher an die Grenzen geraten, verweigert sich aber umso hartnäckiger der Wirklichkeit.